

Friedenspilgerfahrt nach Israel und Palästina

von unserem Friedensreferenten Clemens Ronnefeldt

Vom 8.-13. April besuchte Clemens Ronnefeldt im Rahmen einer ökumenischen Friedenspilgerfahrt israelische und palästinensische Friedensorganisationen. Initiiert von Hildegard Goss Mayr und organisiert vom Internationalen Versöhnungsbund und von Pax Christi International sollten ursprünglich 30 Pilger reisen, aufgrund der aktuellen Situation ließ die Regierung Israels aber keine größeren Gruppen mehr ins Land. Die hochgerüstete Militärmacht Israel hatte Angst vor waffenlosen Pilgern und Friedensgruppen...

So fuhren nur fünf Pilger, um die Verbindung zu den Menschen zu stärken, die für die Einhaltung von Menschenrechten und die Überwindung von Gewalt mit gewaltfreien Mitteln eintreten.



Die Pilgernden: Dr. Christian Renouy (F), Paul Causu (B), Dr. Hildegard Goss-Mayr (A), Soer Minke de Vries (CH), Clemens Ronnefeldt (D)

Seit dem Besuch Ariel Scharons auf dem Jerusalemer Tempelberg im Herbst 2000 und der anschließenden Al-Aksa-Intifada gehen mir Auszüge aus Hilde Domins Gedicht "Abel steh auf" nicht mehr aus dem Kopf:

*"Wir können alle Kirchen schließen
und alle Gesetzbücher abschaffen
in allen Sprachen der Erde
wenn Du nur aufstehst
und es rückgängig machst
die erste falsche Antwort
auf die einzige Frage
auf die es ankommt
steh auf
damit Kain sagt
damit er es sagen kann
Ich bin dein Hüter
Bruder".*

Nach wie vor gibt es in Israel und Palästina Menschen, die sich nicht vom Hass anstecken lassen, Menschen, die sich nach wie vor gegenseitig als Schwestern und Brüder achten.

Einige von ihnen lernte ich vor kurzem kennen. Gesprächspartner unserer Gruppe waren u.a. der lateinische Patriarch der katholischen Kirche und Präsident von Pax Christi International, Michel Sabbah, der Sprecher der Rabbiner für Menschenrechte, Jeremy Milgrom, Vertreterinnen und Vertreter der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Jerusalem, des Begegnungszentrums "open house" in Ramle bei Tel Aviv, des Komitees gegen die Zerstörung von Häusern, der Frauenkoalition für einen gerechten Frieden, "checkpoint watch", "Peace Now", der beiden Zentren für Konfliktlösung und Versöhnung in Bethlehem und des arabischen Erziehungsinstituts, ebenfalls in Bethlehem.

Zur Deeskalation an einigen Militärkontrollpunkten tragen die israelischen und palästinensischen Frauen der Organisation "checkpoint watch" bei. Durch ihre Anwesenheit an Kontrollpunkten und ihre Berichte, die sie an alle Abgeordneten des israelischen Parlaments ebenso wie an internationale Menschenrechtsorganisationen senden, seien willkürliche Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee zurückgegangen.

Die Organisation "new profile", die sich mit der Frage der Militarisierung der israelischen Gesellschaft beschäftigt, berät auch israelische Kriegsdienstverweigerer. Mehrere Dutzend israelische Soldaten sitzen derzeit im Gefängnis, weil sie sich weigern, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun; mehrere Hundert haben ihre Einsatzverweigerung öffentlich damit begründet, dass die Teilnahme an solchen Einsätzen nicht nur die Würde der palästinensischen Bevölkerung, sondern auch ihre eigene Menschlichkeit verletze.

Das "Israelische Komitee gegen die Zerstörung von Häusern" arbeitet mit palästinensischen Partnerorganisationen zusammen. In seinem aktuellen Faltblatt "Für einen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern" listet das Komitee auf, dass sich seit 1993 die Zahl der israelischen Siedler in den besetzten Gebieten verdoppelt habe und derzeit einschließlich Ostjerusalem bei rund 400.000 liege. Für diese Siedlungen seien seit 1993 rund 2850 palästinensische Häuser zerstört worden, wodurch ca.10.000 Menschen obdachlos wurden. Der weitaus größte Teil des Wassers werde im Westjordanland inzwischen von israelischen Siedlern beansprucht. Als Zeichen der Wiedergutmachung und Versöhnung bauen Mitarbeiter/innen des israelischen Komitees gemeinsam mit palästinensischen Partnern im Rahmen ihrer Möglichkeiten zerstörte palästinensische Häuser wieder auf.

Win-Win Lösung gesucht

In unseren Gesprächen erfuhren wir bei israelischen und palästinensischen Friedensgruppen viele Übereinstimmungen. Als grundlegende Ursache der derzeitigen Situation wurde immer wieder die Besatzung und deren Folgen genannt, ohne deren Beendigung auch Israel keine Sicherheit vor Selbstmordattentaten erlangen könne. Nach einem Waffenstillstand müsse sich die israelische Armee aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen zurückziehen. Die grundlegende Perspektive für beide Seiten liege in einer Zweistaatenlösung in jeweils sicheren Grenzen mit Jerusalem als Hauptstadt sowohl des Staates Israel als auch des neuen Staates Palästina. Dazu sei internationale Hilfe von außen in Form einer UN-Mission unumgänglich. "Wir brauchen eine win-win-Lösung", sagte ein Mitglied der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Jerusalem.

Um dies zu erreichen, fordern viele Friedensgruppen ein Waffenembargo, Wirtschaftssanktionen, einen Stopp des Ausbaus jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und ein Ende der Selbstmordattentate. Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit zwischen der israelischen und palästinensischen Gesellschaft müssten schrittweise abgebaut werden, um zu einer dauerhaften Lösung zu kommen. Für die große Zahl von palästinensischen Flüchtlingen in den Nachbarstaaten sollte entweder eine Entschädigung ausgehandelt, der Verbleib am jeweiligen Ort ökonomisch unterstützt oder eine Rückkehr geregelt werden.

Friedensorganisationen beider Seiten wünschten sich ein Gegengewicht zum enormen Einfluss des US-Kongresses, der sich mit großer Mehrheit hinter die Politik Ariel Scharons stellt. Deshalb sollte sich die EU als Vermittlerin weitaus stärker engagieren, als sie dies bisher tut.

Yehezkel Landau vom jüdisch-christlich-muslimischen Begegnungszentrum "openhouse" in Ramle vertrat die Ansicht, nach all dem, was in den letzten Wochen geschehen sei, reichten noch so vernünftige Friedenspläne nicht aus. Schmerz, Verzweiflung und Misstrauen seien so stark, dass Menschen mit Fähigkeiten in einfühlsamem Zuhören, gewaltfreier Kommunikation und Konfliktvermittlung gefragt seien, um psychische Barrieren zu überwinden und Prozesse der Entfeindung und Versöhnung in Gang zu setzen. "Wir brauchen eine Entgiftung der Sprache", sagte Landau.

Die Friedensorganisationen vor Ort betonten immer wieder, wie wichtig Solidaritätsbesuche gerade jetzt seien und drückten ihre Dankbarkeit über die Anwesenheit internationaler Friedensgruppen im Land aus. Die geplanten Beobachtungsdelegationen des Ökumenischen Rates der Kirchen im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt, mit denen in Kürze Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Staaten drei bis zwölf Monate in Israel und Palästina verbringen werden, wurden sehr begrüßt. Wichtig sei, dass internationale Friedensgruppen den Dialog zu beiden Konfliktparteien hin aufrecht erhalten.

In ihrem eingangs zitierten Gedicht schreibt die jüdische Autorin Hilde Domin:

*"Ich schreibe dies
ich ein Kind Abels
und fürchte mich täglich
vor der Antwort
die Luft in meiner Lunge wird weniger
wie ich auf die Antwort warte
Abel steh auf
damit es anders anfängt zwischen uns
allen".*



Wenn es noch Hoffnungsträger/innen in der derzeit so verfahrenen Situation gibt, die oftmals mit ihrem Leben dafür eintreten, "dass es anders anfängt" zwischen Israelis und Palästinensern, dann in den Gruppen und Organisationen der Friedensbewegungen. Insbesondere den EU-Außenministerien, aber auch Kirchen, Universitäten, Schulen und Gewerkschaften ist daher zu raten und zu wünschen, den Kontakt zu Gruppen wie Gush Shalom, Peace Now, dem Internationalen Begegnungszentrum Bethlehem oder der Hope Flowers School in El Khadr aufzunehmen oder auszubauen sowie auf deren Stimme zu hören. Auch die Medien könnten einen erheblichen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten, wenn sie in ihrer Berichterstattung israelische und palästinensische Friedensgruppen stärker berücksichtigen und als Modelle künftigen Zusammenlebens vorstellen würden.